



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/243 - 20. Oktober 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 0 885 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Staatsbesuch aus Österreich	S. 1
Pakistanischer Besuch in Peking	S. 2
Noch mehr Schulklassen und Jugendgruppen nach Berlin! (Von Max Seidel (Fürth i.B.), MdB.)	S. 4
Aus der Arbeit einer modernen Feinvolkshochschule	S. 6

W i e n u n d B o n n

sp. Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich gibt es elf Jahre nach dem Ende des Dritten Reiches, das für unseren südlichen Nachbarn auch das Ende seiner achtjährigen Zwangsvereinigung mit dem nördlichen Nachbarn bedeutete, keine das gegenseitige Verhältnis belastenden Differenzen mehr.

Österreich brachte nach zehnjähriger Leidenszeit, die ihm alle Nachteile eines besetzten Landes bescherte, das vielbewunderte Kunststück fertig, durch eine Politik weiser Mässigung und geduldigen Ausharrens seine völlige Unabhängigkeit zu erreichen. Die Volkspartei und die SPÖ, die beiden tragenden und in zehnjähriger Koalition aneinander gewöhnten Parteien, unterliessen alle Schritte, die der einen oder der anderen Seite ihren Abzug aus Österreich erschwerten. Im Zuge der wiedergewonnenen Freiheit verschaffte sich Österreich eine geachtete Stellung in der europäischen Völkerfamilie, seine neutrale Stellung wird von West und Ost anerkannt, seine politische und geographische Lage als Herzland des Donauroumes gewinnt wieder an Bedeutung.

Der Besuch des österreichischen Bundeskanzlers in Bonn gilt der Befestigung freundschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Ländern, die ja nicht nur durch eine tausendjährige Geschichte, sondern auch durch einen regen wirtschaftlichen Warenverkehr miteinander verbunden sind. Die Freundschaft, ja Herzlichkeit zwischen beiden Nachbarn kehrte in dem Maße wieder, wie die Erinnerung und die Ressentiments von Krieg und unmittelbarer Nachkriegszeit verebbten. Sichtbarer Niederschlag dafür ist der Strom vieler hunderttausend Menschen, der sich in der Urlaubszeit über unseren stammesverwandten Nachbarn ergiesst und immer wieder neue menschliche Kontakte schafft. Die Frage des deutschen Eigentums, um die sich noch vor Jahresfrist einige Kontroversen entspannten, geht ihrer Lösung entgegen, beide Staaten haben hier offensichtlich den guten Willen, dieses Erbe einer unseligen Vergangenheit im beiderseitigen Interesse zu liquidieren.

Bundeskanzler Raab verfügt als ein weitgericister Mann, als Kenner des Ostens und des Westens, als Unterhändler mit Staatsmännern beider die Welt beherrschenden Mächteblöcke über einen reichen Schatz internationaler Erfahrung. Es wäre zu wünschen, dass seine Bonner Gesprächspartner sich einiges davon zunutze machen. Hier mag uns das kleine, seiner Freiheit bewusste und gewiss nicht furchtsame Österreich manches lehren.

* * *

- 2 -

China als Vorbild?

I.D. Auf der Bandung-Konferenz der asiatisch-afrikanischen Völker hatte der ehemalige Ministerpräsident Pakistans den Chinesen seine Hochachtung für die Zugeständnisse gezollt, die sie zur Lösung asiatischer Probleme beigetragen hatten. Dieser Erklärung folgte eine Einladung Pekings an den pakistanischen Ministerpräsidenten, sich vom Fortschritt Chinas zu überzeugen.

Allerdings hat es seitdem in Pakistan einen Regierungswechsel gegeben, und es ist nicht der amerikanisch orientierte Mohammed Ali, der nun die Fahrt durch China angetreten hat, sondern der aufgeschlossene Mr. Suhrawardy, der als Führer einer progressiven Partei die völlige Umwandlung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur seines in grosser Not befindlichen Landes anstrebt. Wie notwendig ein solcher Wandel ist, beweist die Tatsache, dass Pakistan seit seiner Staatsgründung im Jahre 1947 nur wenig Fortschritte zu verzeichnen hat.

Die Voraussetzungen dafür waren auch denkbar schlecht. Es gab kaum Industrie und nur geringe Kapitalien, um durch grosszügige Industrialisierung der schrecklichen Arbeitslosigkeit und der Not der Bevölkerung abzuhelfen. Die Masse der pakistanischen Bevölkerung lebte in Abhängigkeit von einer kleinen Schicht Besitzender, die es wohl verstand, die Zügel des Landes nicht aus ihren Händen gleiten zu lassen. Pakistans aussenpolitische Konflikte, wie z.B. der Streit um Kaschmir, haben zur Erhaltung einer gewissen Panikstimmung beigetragen. Arbeiter, die sich zu organisieren begannen, um für ihre, in anderen Ländern längst anerkannten Rechte zu kämpfen, waren unter dem Vorwand staatsgefährdender Propaganda ständigen Verhaftungen und Verfolgungen ausgesetzt gewesen. Die hilflose wirtschaftliche Lage förderte Anschluss an die Amerikaner, die ihrerseits die geleistete Hilfe mit politischen Bedingungen verknüpften. Diese Tatsache brachte Pakistan ^{in dem} nach politischer Unabhängigkeit strebenden Asien nur Misstrauen ein.

Dieser Situation scheint durch die Ernennung Suhrawardys zum Regierungschef ein Ende gesetzt zu sein. Zwar werden auch ihm die Mittel für weitgehende Reformen nicht in den Schoß fallen, hingegen wird eine gerechtere Besitzverteilung, wie sie ihm vorschwebt, die Möglichkeiten dafür vergrössern.

Dem Besuch dieses neuen Regierungschefs in Peking kommt nun - 3 -

insofern besondere Bedeutung zu, als China, das ebenfalls im Aufbau begriffen ist, im Gegensatz zu Pakistan beträchtliche Erfolge aufzuweisen hat. Niemand, der China gesehen hat, wird leugnen können, dass das neue System - zwar durch eine erzwungene Neuverteilung des Bodens, durch eine forcierte Industrialisierung und die Mithilfe Russlands, - China ein neues Gesicht und den Chinesen neue Hoffnung auf eine bessere Zukunft für kommende Generationen gegeben hat. Der Grossgrundbesitzer, der einstmalis seine Pächter und Landerbeiter rücksichtslos aussaugen konnte, wie das noch in Pakistan vielfach der Fall ist, hat in China heute ebenso viele oder ebenso wenig Rechte wie sein ehemaliger Kuli. Neue, durch Fronddienste erbaute Fabriken bieten Aussichten auf Beschäftigung und Verdienst für das chinesische 600 Millionen Volk. Die Mechanisierung der Landwirtschaft, die grössere Erträge verspricht, ist im vollen Gange. Derjenige, der kommunistische Methoden kennt, wird wissen, dass die Grundsteinlegung für dieses neue China nicht ohne zahllose grausame Opfer von statten gegangen ist. Das aber wird den pakistanischen Staatschef nicht so offenbar werden. Er wird vielleicht auch daran denken, dass die Opfer die das pakistanische Volk schon jetzt ständig bringt - sei es infolge seiner sozialen oder wirtschaftlichen Unzulänglichkeit - keine Hoffnung auf Besserung in sich tragen, wie vielleicht die des chinesischen Volkes.

Noch überwiegen die Waffenlieferungen an das im SEATO-Pakt mit den Westen verbündete Pakistan über die Wirtschaftshilfe der USA. Es wäre längst an der Zeit gewesen, Amerika hätte die Sinnlosigkeit militärischer Bündnisse mit Ländern, deren soziale und wirtschaftliche Lage derart unterentwickelt ist, erkannt und sich zu grosszügigerer wirtschaftlicher Hilfe zum Aufbau der Länder herbeigelassen. Blicke das weiter aus, Feilen Mr. Suhrawardy weiterhin die Mittel für die Wirtschaft Pakistans fördernde Projekte, dürfte es sich mehr an den grossen Bruder China anlehnen und das Vorbild kopieren. Wer könnte es ihm und dem in so grosser Not lebenden pakistanischen Volk schliesslich verübeln? China wird es verstehen, diese Entwicklung zu fördern. Der Anfang dazu ist durch die Reise Suhrawardys nach China bereits gemacht.

* * *

Nur Erleben schützt vor Vergessen

Von Max Seidel (Fürth i. B.) MdB.

Seitdem der Bundestag jedes Jahr wenigstens eine Sitzungswoche in Berlin abhält, hat das allgemeine Interesse an unserer alten Reichshauptstadt wesentlich zugenommen. Den Spuren unserer Parlamentarier, Bahn und Straße nach Berlin zu benutzen, sind erstmalig in diesem Jahr auch viele Schüler und Jugendliche aus Westdeutschland gefolgt. Der Berliner Senat berichtet, dass es 1954 und 1955 kaum kennenswerte Besucherzahlen aus diesem Personenkreis gab. In diesem Jahr waren 137 Schulklassen mit 4 000 Schülern und 75 Jugendgruppen mit über 2 000 Jugendlichen in Berlin. Das ist erfreulich. Es sollte aber nicht bei diesen Zahlen bleiben. Wenn wir interessiert daran sind, der Entfremdung innerhalb unseres Volkes entgegenzuwirken, dann wäre es richtig, die Jugendbegegnungen und Jugendgespräche zwischen Ost und West in Westberlin durch Reisen nach Berlin in verstärkter Masse zu fördern.

Das war auch die einmütige Auffassung des Gesamtdeutschen Ausschusses des Bundestages bei seinen Beratungen in Berlin.

Wer Berlin besucht, die besonderen Verhältnisse, die sich aus der Teilung Deutschlands ergeben, dort kennenlernt, dem wird deutlich, wie sehr diese Stadt die feste Klammer zum gesamtdeutschen Gedanken darstellt. Gäbe es nicht das "Erdie Berlin", dann würden die Verpflichtung, der Drang und der Druck, auf eine Lösung der Wiedervereinigung Deutschlands hinzuwirken, um manches geringer sein, als es heute ist. Was schon elf Jahre auf der Tagesordnung der Welt- und Innenpolitik ohne Ergebnis steht, stumpft ab. Wir stehen in der ständigen Gefahr, dass viele dieser Abstumpfung erliegen, weil ein "Sichbefinden" meist doch als sehr bequem empfunden wird. Wenn das schon auf einen Teil der Erwachsenen zutrifft, die noch eine bewusste Erinnerung an das Deutschland von 1937 haben, was sollen wir von der Jugend erwarten, die Deutschland seit 1945 nur geteilt kennt? Das aber ist das Entscheidende.

Elf Jahrgänge sind seit 1945 aus den Schulen in der Bundesrepublik entlassen worden. Davon haben die Angehörigen von fünf bereits das Wahlalter erreicht. Dieser Million von Schülern und Jugendlichen können wir Deutschland als Ganzes nur durch Wort und Bild nahebringen. Einigen Zehntausenden von ihnen sollten wir aber den Weg öffnen und ebnen, der es ermöglicht, wenigstens das Deutschland von "Bonn bis Berlin" durch eine

Reise nach Berlin zu erleben.

Vorhaben 1957: März-Oktober 20 000 nach Berlin

Der Bundestag und der Bundesrat werden gut beraten sein, den Vorschlag des Gesamtdeutschen Ausschusses und des Ausschusses für Jugendfragen anzunehmen, Schülerreisen nach Berlin zu fördern und finanziell zu unterstützen. Der Vorschlag, den die SPD wärmstens empfohlen hat, sieht vor, im Jahre 1957 in den Monaten von März bis Oktober 20 000 Schülern aus Abschlussklassen in Schulen der Bundesrepublik die Reise nach Berlin zu ermöglichen. An der Aufbringung der Kosten sollen sich der Bund, die Länder und die Schüler mit je einem Drittel beteiligen. Der Bund kann die Mittel aus dem Bundesjugendplan zur Verfügung stellen. Den Ländern sollte die Aufbringung der an sich geringen Mittel nicht schwerfallen, vor allem, wenn sie bereit sind, einen Teil ihrer Finanzierung von Auslandeschulfahrten für die Berlin-Reisen abzuzweigen.

Um die Begegnung von Schülergemeinschaften aus Westdeutschland und Berlin, einschliesslich derer aus der SBZ und dem sowjetischen Sektor von Berlin, noch mehr zu fördern, sieht der Vorschlag weiter vor, dass die Bundesregierung den Neubau eines Jugendgästehauses mit 500 Betten in Berlin in Angriff nimmt.

Der gesamte Vorschlag ist in seinem Ausmass, was die Zahl der Teilnehmer und die Inanspruchnahme von öffentlichen Mitteln betrifft, eine bescheidene Angelegenheit. Die politische Bedeutung des Vorschlages ist aber sehr beachtlich. Wer will, dass die gesamtdeutsche Frage bei der Jugend unseres Volkes lebendig bleibt, der wird keine Mittel unversucht lassen, der Jugend den Kampf um die Einheit Deutschlands immer wieder verständlich zu machen. Die Schülerreisen nach Berlin sind ein solches Mittel, denn Berlin ist die Stadt, in der die Bundesrepublik den Willen zur Einheit Deutschlands am stärksten und nachhaltigsten ausstrahlt und zum Ausdruck bringt.

* * *

Bergneustadt - "Schule der Demokratie"

Demokratie ist nicht Bequemlichkeit - Ständiges Gespräch
notwendig

E.H. Seit ihrer Eröffnung im Petruar dieses Jahres sind in Kur-
sen und Begehrungen in der Volkshochschule Bergneustadt Besucher
aus allen Teilen und aus allen Schichten der Bundesrepublik mit dem
Wesen der Demokratie vertraut gemacht worden. Im Mittelpunkt einer
Zusammenkunft am letzten Wochenende, zu dem Vertreter der in Bonn
akkreditierten diplomatischen Missionen geladen waren, stand ein Vor-
trag von Willi Eichler, der mit grosser Eindringlichkeit die Grund-
lagen des demokratischen Lebens und ihre Bedeutung für den Einzelnen
und für die Völker aufzeigte. "Die Menschen verbindet viel mehr als
sie trennt", sagte Eichler, und das sei die Garantie, dass das Ziel,
dem die Stätte Bergneustadt diene, auch erreicht werde.

Die Schule Bergneustadt soll dazu beitragen, dass die Demokratie
als menschlich und politisch allein vertretbare Staatsverfassung in
deutschen Volk dauernde und feste Wurzeln schlägt. Im Bonner Grund-
gesetz sind gegen einige erhebliche staatsrechtliche und organisatorische
Mängel der Weimarer Demokratie Sicherungen eingebaut -
die Grundrechte sind Gesetz und nicht Deklaration. Wer sie in An-
spruch nimmt, nur um sie abzuschaffen, dem können sie durch Gerichts-
beschluss aberkannt werden.

Und hier setzt, wie Willi Eichler sagte, die Arbeit der Heim-
volkshochschule ein, denn der demokratische Staat kann nur gesichert
werden, wenn der Staatsbürger die Demokratie als Lebenshaltung in sich
aufnimmt und sie ihm nicht nur als eine von vielen möglichen Regie-
rungsformen erscheint, für die er keine Verantwortung trägt. Diese
Überzeugung bewog Friedrich Ebert, vor seinem Tode eine Stiftung zu
gründen, die der staatsbürgerlichen demokratischen Erziehung dienen
sollte. Bis 1933 konnte einer grossen Zahl von Studenten aus dieser
Stiftung geholfen werden. Nach dem Zusammenbruch des Hitler-Regimes
wurde der Gedanke mit der jetzigen Friedrich-Ebert-Stiftung neu be-
lebt und in Bergneustadt der alte Traum einer eigenen Volkshoch-
schule verwirklicht.

Vertiefung des demokratischen Bewusstseins

Die demokratische Volkserziehung soll kein Nachhilfeunterricht
für Zurückgebliebene sein. Sie soll vielmehr davon ausgehen, dass An-
gehörige aller Berufe und Gesellschaftsklassen, ohne Rücksicht auf
ihre sonstige Bildung, ihrer bedürfen und dass das demokratische Bewusst-
sein dauernd vertieft und in freier Diskussion erarbeitet werden muss.
Vor allem zwei Grundfragen stehen im Mittelpunkt: Die Auseinander-
setzung mit der faschistischen und mit der kommunistischen Diktatur.
Beide Systeme berufen sich auf teils echte, teils vorgetäuschte Schwie-
rigkeiten demokratischer Einrichtungen. Dem Menschen muss gezeigt werden,
dass die Demokratie die bessere, würdigere und auch friedlichere Form

menschlichen Zusammenlebens ist, Die Schule Bergneustadt will das Gefühl dafür wecken, dass der Sinn eines demokratischen Lebens nicht Bequemlichkeit ist, sondern Menschenwürde, Freiheit und Gerechtigkeit und die menschliche Hilfsbereitschaft.

Eine wichtige Voraussetzung ist die Kenntnis des demokratischen Sozialismus, sie vertieft die Auseinandersetzung zwischen Demokraten und Kommunisten. Über Wege und Ziele des demokratischen Sozialismus gibt es Meinungsverschiedenheiten. Um festzustellen, wie weit man sich verständigen kann, braucht man Erörterungen - nicht Auseinandersetzungen, denn die Menschen sollen sich nicht auseinandersetzen, sondern zusammensetzen. Deswegen in Bergneustadt Begegnungen und Erörterungen. Es zeigt sich immer wieder, dass bei einer vorurteilslosen Aussprache das Verbindende unter den Menschen stärker ist, als das Trennende; was in Deutschland nicht ganz selbstverständlich ist, denn nicht ohne Grund wird den Deutschen nachgesagt, sie gingen an die einfachsten Dinge nicht heran, ohne vorher eine Theorie zu entwickeln.

Die Welt wird kleiner

Bergneustadt will dazu beitragen, Interesse und Verständnis für andere Völker zu wecken und Missverständnisse zwischen den Völkern auszuräumen, denn, so sagte Willi Eichler, "die Welt ist kleiner geworden, aber die Konsequenzen aus dieser allgemeinen Erkenntnis hat man bisher nicht klar genug gezogen. Entscheidungen in Peking und Kairo können uns heute ebenso treffen wie Massnahmen in Washington, London oder Bonn". Deswegen widmet jeder Bergneustädter Lehrgang einen Tag der Geschichte und der Entwicklung der Völker Asiens und Afrikas.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat aus der gleichen Überlegung damit begonnen, Seminare zu veranstalten, die ihre Teilnehmer in die Aufgaben, das Wesen und die Wirksamkeit der Vereinten Nationen einführen. Das erste dieser Seminare ist vor einigen Tagen in Genf abgeschlossen worden. Ähnliche Veranstaltungen bei der Montanunion sollen folgen.

Die bisherigen Erfahrungen in Bergneustadt zeigen, dass die Schule mit ihrer Arbeit auf dem rechten Wege ist und dass sie ihren Teil dazu beiträgt, die grossen Ziele einer demokratischen Rechts- und Staatsordnung zu verwirklichen.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau